

über die 10. Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr der Stadt Monheim am Rhein vom 16.06.2016

Sitzungsraum: Ratssaal, Rathaus, Rathausplatz 2, 40789 Monheim am Rhein
Beginn: 18:05 Uhr
Ende: 19:32 Uhr

Anwesend:

Mitglieder der PETO-Fraktion

Herr Andy Eggert	
Herr Ingo Elsner	Vertretung für Frau Bianca Rosenstetter
Herr Patrick Fuest	
Frau Carina Häusler	
Frau Julia Häusler	ab TOP 9 Vertretung für Herr Lucas Risse
Herr Torsten Kinzel	Vertretung für Herr Tim Kögler
Herr Steffen Pawlik	
Herr Lucas Risse	bis TOP 8 dabei
Frau Monika Sikora	
Herr Marius Volgmann	
Herr Christian Weiffen	

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Heinz-Jürgen Goldmann
Herr Markus Gronauer
Herr Michael Nagy

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Benjamin Kenzler

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Manfred Poell

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel
Frau Estelle Dageroth
Herr Manfred Hein
Herr Robert Ullrich
Herr Thomas Waters
Herr Oliver Wiesner

Schriftführer

Herr Wolfgang Mansen

Entschuldigt fehlten:**Mitglieder der PETO-Fraktion**

Herr Tim Kögler

Frau Bianca Rosenstetter

von der Verwaltung

Frau Kerstin Frey

Herr Michael Lobe

Tagesordnung:

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlage Nr.
1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit	
2	Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -	
3	Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der letzten Sitzung - öffentlicher Teil-	IX/0783
4	Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner	
5	Mitgliedschaft im "Zukunftsnetz Mobilität NRW" - Beschluss der Mitgliedschaft	IX/0755
6	Grundhafte Sanierung der Straße "Am Wald" - Baubeschluss -	IX/0762
7	58. Änderung des Flächennutzungsplanes "Hasholzer Grund" - frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit	IX/0739
8	Bebauungsplan 49B -2. Änderung "Gewerbegebiet Knipprather Busch" - Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit	IX/0772
9	Bebauungsplan 52B - 1. Änderung "Rheinradweg" 1. Aufstellungsbeschluss 2. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit	IX/0778
10	Bebauungsplan 64M - 1. Änderung "Rabenstraße" 1. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit	IX/0774
11	Bebauungsplan 94.1M - 3. Änderung "Am Kielsgraben" 1. Durchführung eines ergänzenden Verfahrens gemäß § 214 BauGB 2. Erneute öffentliche Auslegung	IX/0782
12	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Prüfung der Möglichkeit der Errichtung und des Betriebs einer Fahrradstation am S-Bahnhof Langenfeld gemeinsam mit der Stadt Langenfeld	IX/0791
13	Mündliche Mitteilungen	

- 13.1 Sanierung von Radwegen durch den Landesbetrieb Straßenbau
- 13.2 Fortschreibung des integrierten Handlungskonzeptes Innenstadt
- 14 Mündliche Anfragen
- 14.1 Anfrage von Ratsherr Gronauer -CDU- Sachstandsbericht
Winrich von Kniprode Schule

Sitzungsergebnis:

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der stellvertretende Vorsitzende eröffnet für den entschuldigt abwesenden Vorsitzenden die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.
Der Vertreter der SPD-Fraktion bittet in den zukünftigen Niederschriften das Abstimmungsverhalten zu den Tagesordnungspunkten genauer zu erläutern. Die Verwaltung sagt entsprechende Erledigung zu.

3 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der letzten Sitzung -öffentlicher Teil- Vorlage: IX/0783

Zur Kenntnis genommen

4 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

5 Mitgliedschaft im "Zukunftsnetz Mobilität NRW" - Beschluss der Mitgliedschaft Vorlage: IX/0755

Der Vertreter der Verwaltung erläutert die Vorlage.
Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde der Vorlage zustimmen und bittet die Verwaltung in diesem Zusammenhang unter Hinweis auf den Begriff „Sustainable Urban Mobility Plan“ zukünftig um Verwendung deutscher Begriffe.

Beschlussempfehlung

Der Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr der Stadt Monheim am Rhein beschließt die Mitgliedschaft im neuen Netzwerk „Zukunftsnetz Mobilität NRW“ fortzuführen.

einstimmig zugestimmt

**6 Grundhafte Sanierung der Straße "Am Wald" - Baubeschluss -
Vorlage: IX/0762**

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragt, für wen die Einrichtung von 37 Parkplätzen erfolge. Weiterhin fragt er, ob die verkehrliche Nutzung der Grundstücke bei der Bemessung der zu zahlenden Beiträge berücksichtigt werden könne.

Der Vertreter der Verwaltung antwortet, dass insgesamt 29 Parkplätze neu errichtet werden und über die gesamte Fläche der Straße verteilt werden, um ein geordnetes Parken zu ermöglichen.

Der Kostenunterschied zwischen dem Ausbau als Parkplatz oder einem Gehweg sei sehr gering, weshalb dies bei einer Bürgerbeteiligung nicht als problematisch bewertet wurde. Die zu erhebenden Beiträge richten sich nach der Satzung, Abschläge für eine geringere verkehrliche Nutzung seien insofern nicht umsetzbar.

Der Vertreter der CDU-Fraktion fragt hinsichtlich der Größenordnung der Beiträge, wie die Verwaltung ggf. mit Härtefällen umzugehen gedenke.

Der Vertreter der Verwaltung berichtet über die Vorgehensweise der Verwaltung am Beispiel der Klappertorstraße. Hier habe die Verwaltung zwar alle Beiträge in voller Höhe eingenommen, jedoch die Beitragszahler durch Stundungen und ähnliche Maßnahmen im Rahmen des Möglichen so weit wie möglich nicht übermäßig belastet. Eine ähnliche Vorgehensweise sei jetzt beabsichtigt.

Beschlussempfehlung

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beauftragt die Stadtverwaltung mit der Durchführung der grundhaften Erneuerung der Straße „Am Wald“.

einstimmig zugestimmt

Enthaltung: CDU

**7 58. Änderung des Flächennutzungsplanes "Hasholzer Grund"
- frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit
Vorlage: IX/0739**

Der Vertreter der Verwaltung erläutert einführend die Vorlage.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde die Vorlage ablehnen.

Beschlussempfehlung

Auf Grundlage des vorgestellten Planungsentwurfes wird die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

mehrheitlich zugestimmt

dafür: SPD; PETO; CDU

dagegen: Bündnis 90/Die Grünen

**8 Bebauungsplan 49B -2. Änderung "Gewerbegebiet Knipprather Busch"
- Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit
Vorlage: IX/0772**

Zum Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschlussempfehlung

Auf Grundlage des vorgestellten Planungsentwurfes wird die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

einstimmig zugestimmt

9 Bebauungsplan 52B - 1. Änderung "Rheinradweg"

1. Aufstellungsbeschluss

2. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit

Vorlage: IX/0778

Die Vertreterin der Verwaltung erläutert ausführlich die Vorlage.

Der Vertreter der CDU-Fraktion weist auf die Folgen durch Hochwasser und hieraus resultierende Reinigungskosten für die Beschäftigten der städtischen Betriebe hin. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragt, ob durch das Bauvorhaben Parkplätze vernichtet werden und ob durch das Segel des Aalschokkers nicht Probleme mit den Eigentümern der zu errichtenden hochwertigen Wohnungsbauobjekte zu erwarten seien.

Der Vertreter der Verwaltung antwortet, dass der Projektentwickler sehr frühzeitig auf eine derartige Maßnahme hingewiesen wurde. Eine Überraschung ergebe sich hieraus auch für die Eigentümer nicht. Die Anzahl der Stellflächen habe sich nicht geändert, da die Nutzung zukünftig effizienter erfolge.

Beschlussempfehlung

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 52B „Rheinradweg“, 1. Änderung wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen. Ziel des Bebauungsplans ist die planungsrechtlichen Voraussetzungen für das Aufstellen eines Aalschokkers als Museumsschiff im Stadtteil Baumberg zu schaffen. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 52B, 1. Änderung ergibt sich aus dem als Anlage 1 beigefügten Lageplan, der Bestandteil dieses Beschlusses ist.
2. Die 1. Änderung des Bebauungsplans 52B „Rheinradweg“ wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) durchgeführt. Von einer Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB wird abgesehen.
3. Auf Grundlage des vorgestellten Planungsentwurfes wird die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

einstimmig zugestimmt

10 Bebauungsplan 64M - 1. Änderung "Rabenstraße"

1. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit

Vorlage: IX/0774

Der Vertreter der Verwaltung erläutert ausführlich die Vorlage.

Der Vertreter der CDU-Fraktion fragt warum der Plan nicht als vorhabenbezogener Bebauungsplan ausgewiesen wurde. Der Vertreter der Verwaltung antwortet, dass man wegen der Beteiligung nicht nur eines Akteurs auf einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan verzichtet habe. Dennoch seien die Planungskosten auf den Eigentümer abgewälzt worden.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wünscht sich eine dichtere Bebauung und beantragt eine dritte Variante für die Bürgerbeteiligung. Der Vertreter der Verwaltung weist auf die wirtschaftlichen Vorstellungen des Eigentümers hin. Hier seien möglicherweise Probleme der Umsetzbarkeit mit dem Eigentümer zu erwarten.

Der Vertreter der CDU-Fraktion bewertet die vorliegenden Entwürfe als nicht interessant genug. Man möge hier noch eine dritte attraktivere Lösung erarbeiten.

Der Vertreter der PETO-Fraktion begrüßt die vorliegende Vorlage.

Der Vertreter der SPD-Fraktion hält die vorliegenden Varianten für zu ähnlich und begrüßt eine dritte Variante.

Der Vorsitzende lässt nach Ende der Diskussion zunächst über folgenden Antrag abstimmen:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Eigentümer eine dritte Variante zu erarbeiten, die erstens mehr Wohneinheiten und zweitens mehr architektonische Varianz mit hoher Qualität bietet.

Dafür: SPD-Fraktion; Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dagegen: PETO-Fraktion

Enthaltung: CDU-Fraktion

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Antrag damit mehrheitlich abgelehnt ist.

Danach lässt der Vorsitzende über folgenden Antrag abstimmen:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Eigentümer eine dritte Variante zu erarbeiten, die mehr architektonische Varianz mit hoher Qualität bietet.

Dafür: CDU-Fraktion

Dagegen: PETO-Fraktion

Enthaltung: SPD-Fraktion; Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Antrag damit mehrheitlich abgelehnt ist und lässt über den vorliegenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussempfehlung**Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit**

1. Auf Grundlage der zwei vorgestellten Planungsvarianten wird die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

mehrheitlich zugestimmt

dafür: PETO

dagegen: Bündnis 90/Die Grünen

Enthaltung: SPD; CDU

- 11 Bebauungsplan 94.1M - 3. Änderung "Am Kielsgraben"**
1. Durchführung eines ergänzenden Verfahrens gemäß § 214 BauGB
2. Erneute öffentliche Auslegung
Vorlage: IX/0782

Zum Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschlussempfehlung

1. Der Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr beschließt ein ergänzendes Verfahren nach § 214 Abs. 4 BauGB (Heilungsverfahren) zum Bebauungsplan 94.1M 3. Änderung durchzuführen.
2. Der Bebauungsplan Nr. 94.1M - „Am Kielsgraben“ – 3. Änderung wird gem. § 3 Abs. 2 BauGB erneut öffentlich ausgelegt.

einstimmig zugestimmt

- 12 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Prüfung der Möglichkeit der Errichtung und des Betriebs einer Fahrradstation am S-Bahnhof Langenfeld gemeinsam mit der Stadt Langenfeld**
Vorlage: IX/0791

Die Verwaltung hat zum Antrag eine Stellungnahme erarbeitet die zu Beginn der Sitzung an alle Ausschussmitglieder verteilt wird.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erläutert den Antrag.

Der Vertreter der CDU-Fraktion schlägt vor, hier auch eine Kostenberechnung vorzunehmen.

Der Vertreter der Verwaltung antwortet, dass man dem Antrag aus Sicht der Verwaltung nicht vollumfänglich zustimmen könnte, Gespräche mit der Stadt Langenfeld könne man dennoch führen um Zugang zu Maßnahmen dort zu erhalten. Der Vertreter der PETO-Fraktion schlägt eine alternative Formulierung des Antrages vor, der unabhängig von den Gesprächen mit der Stadt Langenfeld vorsieht die Planungen in Monheim selbst weiter voran zu treiben.

Nach Ende der Diskussion fasst der Vorsitzende den Gesprächsverlauf zusammen, schlägt eine gemeinsame Formulierung vor die wie folgt lautet und lässt hierüber abstimmen:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Stadt Langenfeld weitere Gespräche zu führen, um die Möglichkeit der Errichtung und des Betriebs einer gemeinsamen Fahrradstation am S-Bahnhof Langenfeld zu prüfen. Das Ergebnis ist bis zum Ende dieses Jahres im Fachausschuss darzustellen.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

- 13 Mündliche Mitteilungen**

- 13.1 Sanierung von Radwegen durch den Landesbetrieb Straßenbau**

Auf der Berghausener Straße sollen die Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse begonnen werden. Die Anschlussstellen zur A 59 sollen aufgeweitet werden. Dies werde zu erheblichen Verkehrseinschränkungen führen. Eine genaue Terminierung sei aktuell nicht bekannt. Am Autobahnkreuz Monheim-Süd soll der einseitige Geh- und Radweg der L 43 saniert werden. Beide Maßnahmen werden durch die Verkehrszentrale Köln gesteuert und stehen in Zusammenhang mit Maßnahmen auf der A 59 und der A 3.

13.2 Fortschreibung des integrierten Handlungskonzeptes Innenstadt

Die Bezirksregierung hat gegenüber einem Vertreter der Stadt Monheim am Rhein mitgeteilt, dass das integrierte Handlungskonzept Innenstadt fortgeschrieben werden solle. Es bestünden noch Restmittel im Programm die für förderfähige Projekte verwendet werden könnten. Im nächsten Ausschuss werde die Verwaltung über die bereits erfolgten Projekte resümieren und einen Ausblick auf mögliche weitere Projekte geben.

14 Mündliche Anfragen

14.1 Anfrage von Ratsherr Gronauer -CDU- Sachstandsbericht Winrich von Kniprode Schule

Ratsherr Gronauer bittet um Mitteilung des Sachstands bezüglich der Winrich von Kniprode Schule.

Der Vertreter der Verwaltung antwortet, dass dies in die Zuständigkeit des HAFI falle und die Anfrage zwecks Beantwortung dort gestellt werden möge.

Andy Eggert
Ausschussvorsitzender

Wolfgang Mansen
Schriftführer